



**Klaus Stallmann MdL**

Vorsitzender  
des Ausschusses für Innere Verwaltung

**LANDTAG NORDRHEIN-WESTFALEN**

Landtag Nordrhein-Westfalen Postfach 10 11 43 40002 Düsseldorf

Telefonzentrale: (02 11) 88 4 - 0  
Durchwahl: 27 23/29 08/24 88

An den  
Vorsitzenden  
des Rechtsausschusses  
Herrn Gunther Sieg MdL (SPD)

Düsseldorf, 10.10.97

An den  
Vorsitzenden  
des Ausschusses für Kommunalpolitik  
Herrn Friedrich Hofmann MdL (SPD)

An die  
Vorsitzende  
des Ausschusses für Verwaltungsstrukturreform  
Frau Renate Drewke MdL (SPD)

An den  
Vorsitzenden  
des Haushalts- und Finanzausschusses  
Herrn Leo Dautzenberg MdL (CDU)



im Hause

**Achtes Gesetz zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften**

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

der oben näher bezeichnete Gesetzentwurf der Landesregierung - Drucksache 12/2124 - wurde durch Plenarbeschluß vom 20.06.1997 an den Ausschuß für Innere Verwaltung - federführend - sowie an den Rechtsausschuß, den Ausschuß für Kommunalpolitik, den Ausschuß für Verwaltungsstrukturreform und den Haushalts- und Finanzausschuß überwiesen.

Der Ausschuß für Innere Verwaltung hat sich mit dem Gesetzentwurf in der Sitzung am 9. Oktober 1997 befaßt und einvernehmlich beschlossen, hierzu - anstelle einer öffentlichen Anhörung - ein Sachverständigengespräch in der Sitzung am 6. November 1997 durchzuführen. Zu diesem Gespräch sollen Vertreter des Deutschen Gewerkschaftsbundes, des Deutschen Beamtenbundes, des Bundes der Steuerzahler sowie des Verbandes der Kommunalen Arbeitgeber eingeladen werden.

Ich bitte um Kenntnisnahme und - soweit die Beratungen in Ihrem Ausschuß noch nicht abgeschlossen wurden, um Unterrichtung der Mitglieder Ihres Ausschusses.

Mit freundlichen Grüßen

gez.

Ihr Klaus Ställmann

F. d. R.



(Fröblecke)

Ausschußassistent